



BAS, c/o StuVe Universität Ulm, D-89069 Ulm

An:

demokratischen Fraktionen des Landtags Baden-Württemberg
Landesregierung Baden-Württemberg
Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD

OFFENER BRIEF

Studiengebühren für internationale Studierende und Zweitstudiengebühren in Baden-Württemberg sofort abschaffen!

Liebe Abgeordnete des Landtags Baden-Württemberg,
sehr geehrter Herr Ministerpräsident Cem Özdemir,
sehr geehrte Frau Wissenschaftsministerin Petra Olschowski
sehr geehrte Damen und Herren,

Baden-Württemberg ist seit dem Wintersemester 2017/18 das einzige Bundesland in Deutschland, das flächendeckend generell Studiengebühren für Studierende aus Nicht-EU-Ländern in Höhe von 1.500 Euro pro Semester sowie Zweitstudiengebühren erhebt.

Trotz jahrelanger breiter gesellschaftlicher Kritik, trotz klarer empirischer Belege für die negativen Folgen bestehen diese diskriminierenden Gebühren fort.

Wir, die Unterzeichnenden, fordern die neue Landesregierung und alle im Landtag vertretenen demokratischen Fraktionen nachdrücklich auf:

Schaffen Sie die Studiengebühren für internationale Studierende und die Zweitstudiengebühren unverzüglich und vollständig ab. Ein weiteres Zögern ist weder bildungspolitisch noch wirtschaftlich, sozial oder menschenrechtlich vertretbar.

Leider kam es in der Koalitionsvereinbarung der Regierungsparteien Bündnis 90/Die Grünen und der CDU nur zu einem Prüfauftrag in Sachen Studiengebühren für internationale Studierende: „Wir überprüfen die Studiengebühren für internationale Studentinnen und Studenten, um die Attraktivität des Standorts zu erhöhen, internationale Talente zu gewinnen, zu halten und in den Arbeitsmarkt zu integrieren.“ Die Zweitstudiengebühren stehen offenbar nicht zur Disposition.

Dabei hieß es im Wahlprogramm der Grünen auf Seite 20: „Studiengebühren für ausländische Studierende schaffen wir ab.“

I. Die Fakten: einzigartiger Rückgang der internationalen Studierenden

Die Konsequenzen der Studiengebühren sind empirisch eindeutig belegt. Bereits im ersten Semester nach Einführung der Gebühren, zum Wintersemester 2017/18, sank die Zahl der Studienanfänger:innen aus Nicht-EU-Ländern um 21,6 Prozent – von 6.570 auf 5.155 Personen. An einzelnen Hochschulen war der Rückgang noch drastischer: Am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) brach die Zahl um 31,4 Prozent ein, an der Universität Stuttgart um 18,1 Prozent.

Langfristig zeigt sich ein noch deutlicheres Bild: Zwischen dem Wintersemester 2018/19 und dem Wintersemester 2023/24 sank die Gesamtzahl ausländischer Studierender in Baden-Württemberg um 3,1 Prozent. Im selben Zeitraum stieg sie bundesweit im Durchschnitt um 25,7 Prozent. Baden-Württemberg ist damit das einzige Bundesland, das in diesem Zeitraum einen Rückgang verzeichnet.

Diese Entwicklung betrifft nicht allein die internationalen Studierenden selbst. Sie trifft alle Studierenden in Baden-Württemberg: Wer an einer Hochschule studiert, die systematisch internationale Studierende verliert, verliert den Austausch, die interkulturellen Erfahrungen und die Perspektivenvielfalt, die ein internationales Hochschulumfeld bietet. Internationalisierung ist keine Frage des Komforts – sie ist eine Kernaufgabe von Hochschulen und unverzichtbar für die Ausbildung weltoffener, global handlungsfähiger Absolvent:innen. Internationalisation@home ist vor allem für Studierende wichtig, die sich aus den verschiedensten Gründen kein Auslandsstudium leisten können.

II. Wirtschaftlicher Schaden: Ein teurer Standortnachteil

Internationale Studierende sind ein wirtschaftliches Gut für die Hochschulen, für die Region und für das gesamte Land. Laut einer Analyse des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW Köln) im Auftrag des DAAD erbringt ein einziger Jahrgang internationaler Studierender langfristig Einnahmen von rund 15,5 Milliarden Euro. Noch vor ihrem Abschluss investieren die bundesweit rund 405.000 internationalen Studierenden jährlich über 4 Milliarden Euro durch Miete, Lebensmittel, Mobilität und Konsum in lokale Wirtschaftskreisläufe. Rund 45 Prozent dieser Absolvent:innen bleiben auch zehn Jahre nach Studienabschluss in Deutschland und besetzen Stellen in den Bereichen Ingenieur- und Gesundheitswesen sowie Informationstechnologie, Bereiche, in denen der Fachkräftemangel akut und strukturell ist.

Im Gegensatz zu Bündnis 90/Die Grünen und der CDU hat dies die Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag (BWIHK) erkannt. In einer öffentlichen Stellungnahme erklärte BWIHK-Präsident Christian O. Erbe: "Die Abschaffung der Gebühren für ausländische Studierende muss zeitnah umgesetzt werden, um dem fortschreitenden Fachkräftemangel begegnen zu können." Eine IW-Köln-Analyse belegt: "Internationale Studierende sind nicht nur ein kultureller Gewinn, sondern leisten vor allem auch einen erheblichen ökonomischen Beitrag."

Die GEW-Landesvorsitzende Monika Stein brachte den Widerspruch auf den Punkt: "Die Grünen wollen für Innovation stehen und regieren bundesweit das einzige Bundesland, in dem es Studiengebühren gibt. Es ist absurd, dass mit der Werbekampagne 'The Länd' Fachkräfte aus dem Ausland angeworben werden sollen, aber die Hochschulen nicht die Türen aufmachen für Nachwuchs aus der ganzen Welt." (GEW BW, Pressemitteilung, 14. Juni 2023)

Eine Studie von BMBF und DAAD hatte bereits 2011 festgestellt: Internationale Studierende generieren allein durch Konsumausgaben Steuereinnahmen von 400 Millionen Euro für die öffentlichen Haushalte. Die volkswirtschaftlichen Effekte nach dem Studium übersteigen die staatlichen Aufwendungen für ein Studium bei Weitem.

III. Soziale Diskriminierung

Studiengebühren, die ausschließlich nach der Staatsangehörigkeit und Herkunft erhoben werden, sind eine strukturelle Form der Diskriminierung!

Internationale Studierende aus Nicht-EU-Ländern – häufig aus Ländern mit niedrigerem Pro-Kopf-Einkommen – sind in aller Regel nicht diejenigen, die "billig studieren wollen", wie es bisweilen polemisch dargestellt wird. Sie tragen durch Steuern und Sozialabgaben, durch Arbeit und Konsum zur Finanzierung des Gemeinwesens bei. Die Behauptung, nur Deutsche oder EU-Bürger:innen hätten das Bildungssystem finanziert und seien daher privilegiert, ist eine Verdrehung der Tatsachen.

Besonders hart trifft die Gebührenbelastung jene, die ihren Lebensunterhalt durch Arbeit neben dem Studium finanzieren müssen und deren Möglichkeiten dazu aufenthaltsrechtlich stark begrenzt sind. Dazu kommt, dass viele Studierende aus Ländern kommen, in denen wirtschaftliche und soziale Stabilität meist nicht vorhanden ist oder sogar Krieg die finanzielle Unterstützung erschweren oder unmöglich machen. Die Ukraine oder der Iran sind hier aktuelle Beispiele.

IV. Menschenrechtliche und entwicklungspolitische Dimension

Bildung ist ein Menschenrecht. Artikel 13 des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (UN-Sozialpakt), dem Deutschland als Vertragsstaat angehört, verpflichtet die Staaten dazu, den Zugang zu Hochschulbildung schrittweise ohne Diskriminierung zu gewährleisten. Artikel 2 Absatz 2 des Sozialpakts verbietet Diskriminierungen auch aufgrund der nationalen Herkunft.

Aus entwicklungspolitischer Perspektive sind die Gebühren besonders problematisch: Studierende aus Ländern des Globalen Südens, oft mit niedrigem Pro-Kopf-Einkommen in den Herkunftsländern, werden durch 1.500 Euro Studiengebühren pro Semester von einem Hochschulstudium in Deutschland faktisch ausgeschlossen. Für viele Studierende aus dem Globalen Süden stellen die 1.500 Euro ein unüberwindbares Hindernis dar.

Deutschland investiert jedoch andererseits erhebliche Summen in Entwicklungszusammenarbeit und globale Bildungspartnerschaften. Gleichzeitig errichtet Baden-Württemberg als einziges Bundesland finanzielle Mauern gegen Studierende aus genau diesen Regionen.

Ausländische Studierende bereichern den Campus und ermöglichen notwendigen internationalen Austausch, gerade in Zeiten immer stärkerer nationalistischer und isolationistischer Bewegungen.

V. Zweitstudiengebühren abschaffen

Die Zweitstudiengebühren in Höhe von 650 Euro pro Semester treffen vor allem Menschen, die nach einem ersten Abschluss ein Lehramtsstudium aufnehmen wollen und wurden damit in genau jener Berufsgruppe eingeführt, in der Baden-Württemberg besonders dringend Nachwuchs benötigt. Die Gebühren für ein Zweitstudium verschärfen den Lehrkräftemangel. Seit dem Sommersemester 2025 sind Zweitstudierende in Lehramtsstudiengängen von der Zweitstudiengebühr befreit. Das ist ein wichtiger, aber nicht ausreichender Schritt.

Zweitstudiengebühren sind grundsätzlich eine Hürde für Bildungsmobilität und treffen gerade jene, die bereit sind, in gesellschaftlich dringend benötigten Berufen tätig zu werden. Sie müssen vollständig abgeschafft werden.

VI. Ein gescheitertes politisches Versprechen

Im April 2023 hatten CDU und Grüne im Landtag angekündigt, die Studiengebühren für internationale Studierende abschaffen zu wollen. Winfried Mack (CDU) erklärte damals: "Die derzeitigen Studiengebühren für internationale Studierende an unseren Hochschulen sind ein echter Standortnachteil." Grünen-Fraktionschef Andreas Schwarz sicherte zu: "Wir wollen das gemeinsam umsetzen."

Daraus wurde nichts. Im November 2024 ließ die damalige Koalition verlautbaren, dass die Abschaffung "mangels Gegenfinanzierung" nicht kommen werde. Das starre und überholte

Festhalten an den abschreckenden, diskriminierenden Studiengebühren für ausländische Studierende und das Zweitstudium war eine verpasste Gelegenheit.

Der neue Landtag und die neue Landesregierung müssen die Studiengebühren für ausländische Studierende und die Zweitstudiengebühren sofort abschaffen.

VII. Unsere Forderungen

Wir fordern die Landesregierung und alle demokratischen Fraktionen des Landtags von Baden-Württemberg auf:

- Die sofortige und vollständige Abschaffung der Studiengebühren für internationale Studierende aus Nicht-EU-Ländern.
- Die vollständige Abschaffung der Zweitstudiengebühren über die bisherige Ausnahme für Lehramtsstudierende hinaus.
- Die Kompensation der wegfallenden Mittel für Hochschulen und die Bereitstellung ausreichender Mittel zur Betreuung internationaler Studierender.
- Die Entwicklung einer umfassenden Internationalisierungsstrategie für die Hochschulen Baden-Württembergs unter Beteiligung der betroffenen Studierenden.
- Ausreichende Mittel für Sprachkurse, Betreuungsangebote und die Integration internationaler Studierender in das Studien- und Berufsleben.
- Die Einrichtung eines landesweiten Notfonds für internationale Studierende, die unverschuldet in finanzielle Not geraten.

Bildung darf keine Frage des Passes sein. Baden-Württemberg hat als Exportland, Wissenschaftsstandort und Teil einer globalisierten Welt die Verantwortung und das Interesse, Hochschulen für alle Talente zu öffnen, gleich welcher Herkunft und finanziellen Möglichkeiten.

Wir erwarten von der neuen Landesregierung und dem Landtag, dass sie die Abschaffung der Studiengebühren für internationale Studierende und der Zweitstudiengebühren in der ersten Sitzungsperiode beschließen und umgehend in Kraft setzen.

Mit freundlichen Grüßen

Monika Stein

Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Landesverband Baden-Württemberg

Landesstudierendenvertretung Baden-Württemberg (LaStuVe)

Simon Schott

Landeskoordinator der Juso Hochschulgruppen Baden-Württemberg

Dr. Kambiz Ghawami

Geschäftsführender Vorsitzender des World University Service (WUS)

SDS Karlsruhe

Stanislaw Bondarew

Sprecher des Bundesverbands ausländischer Studierender (BAS)